News Splitter

Die Deutsche Journalistenunion (dju) in ver.di und der Deutsche Journalistenverband (DJV) haben mit dem Tagesspiegel am 9. September die Sondierungen nach einer sechsmonatigen Coronapause wieder aufgenommen. Im Vordergrund der Gespräche stand dabei eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation von Gehältern und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Bereichen.

Leider gibt es immer noch Einschränkungen wegen des Corona-Virus. Das betrifft auch den dju-Medientreff im »Aufsturz«, Oranienburger Straße 67 / Ecke Tucholskystraße in Berlin-Mitte. Im Clubraum finden normalerweise 20-25 Menschen Platz, jetzt nur sechs bis sieben Mitglieder (mit Abstand) – nach vorheriger Anmeldung. Viele Mitglieder scheuen derzeit auch noch Innenräume. Der dju-Landesvorstand Berlin-Brandenburg hat daher entschieden, alle dju-Medientreffs für 2020 abzusagen.

Zur Unterstützung der Deutschen Kultur- und Literaturlandschaft plant der Literaturfonds Sondermaßnahmen für 2020 und 2021 im Rahmen des von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Programms »Neustart Kultur«.

→ Zum Programm

»KÜNSTLER! HILFE! JETZT!«, eine Initiative, die von Berliner Artisten/Akrobaten und Varietékünstlern ins Leben gerufen wurde, ist mit der Forderung nach einem sofortigen »Existenzgeld« erstmals am 9. August 2020 in Berlin auf die Straße gegangen. Sie wehren sich gegen die Ungleichbehandlung und rufen ihre freischaffenden KollegInnen, alle fest angestellten KünstlerInnen und das Publikum zur solidarischen Unterstützung auf. Langfristiges Ziel ist die Gründung eines Dachverbands: eine »Akademie der Künstler« für selbstständige Kulturschaffende. → Weitere Informationen

Seniorenvertretung

Lichtenberger Aktivitäten

Von Herbert Schadewald

Seit 1991 wird am 1. Oktober der Internationale Tag der älteren Generation begangen. Dies basiert auf der UN-Resolution 45/106 vom 19. Dezember 1990. Doch warum nur an dem einen Tag, fragte sich die Lichtenberger Seniorenvertretung und regte an, diesem Ereignis eine ganze Woche zu widmen. Das Bezirksamt gab dem Wunsch statt und so wurde seit 2014 immer um den Oktoberbeginn in Lichtenberg die »Woche der älteren Menschen« organisiert.

© Schadewald

Der Vorstand der Lichtenberger Seniorenvertretung, von r. nach l.: Vorsitzender Gunar Klapp, Finanzverantwortliche Brigitta Nöthlich, Schriftführerin Helga Seliger und stellvertretender Vorsitzender Georg Wichmann

»Eine derartige Aktivität gibt es wirklich nur einmal in Berlin – bei uns«, versichert Gunar Klapp. Der 68-Jährige ist seit 2018 Vorsitzender der Seniorenvertretung Lichtenberg, einem Berliner Stadtbezirk, der seit Jahren erfolgreich den Ehrentitel »familienfreundlich« tragen darf. Auch das ist eine hauptstädtische Besonderheit.

»Im Vorjahr hatten wir während der ›Woche der älteren Menschen‹ insgesamt 38 Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art«, schildert Gunar Klapp. »Das ist ja inzwischen eine Institution, die gemeinsam mit der Seniorenvertretung organisiert wird und die stets großen Anklang fand«, wertet Kevin Hönicke, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft und Arbeit, diese Aktivitäten.

Doch das Coronazeitalter stellt die Organisatoren vor neue Herausforderungen. Lange war fraglich, ob diese Woche überhaupt organisiert werden kann. Hinzu kam dann, dass das Land Berlin erstmals vom 28. September bis 3. Oktober eine »Woche der älteren Menschen« veranstaltet. So kamen die Seniorenvertretung und das Bezirksamt nun überein, in diesem Jahr vom 5. bis 10. Oktober eine »Woche der Generationen« zu veranstalten. Richtig glücklich ist Gunar Klapp mit diesem Kompromiss nicht. Aber andererseits ist er auch froh, dass überhaupt etwas passiert – unter diesen Pandemiebedingungen.

Diese »Woche der älteren Menschen« ist für die Lichtenberger Seniorenvertretung nur einer von insgesamt vier Schwerpunkten. Denn seit 2011 organisiert sie gemeinsam mit dem Bezirksamt und den sieben in Lichtenberg ansässigen Hochschulen und Universitäten eine jährliche Seniorenuni. Diese von der HOWOGE gesponserte Veranstaltungsreihe ermöglicht, zwischen März und Juni jeweils mittwochs nachmittags sein Wissen zu erweitern. Die kostenlosen Vorträge und Diskussionsrunden stießen bisher auf ein reges Interesse, sodass oft die Räumlichkeiten nicht ausreichten. Allerdings musste coronabedingt die diesjährige Jubiläumsuni ausfallen. »So werden wir die 10. Seniorenuni dann eben im kommenden Jahr veranstalten«, hofft Gunar Klapp.

Jeweils im Vorfeld zur Seniorenuni sowie zur »Woche der älteren Menschen« erscheint seit September 2016 der Lichtenberger Newsletter für Seniorinnen und Senioren »Bunt statt Grau«. Diese 12-seitige Publikation wird vom Amt für Soziales des Bezirksamtes herausgegeben und von einem fünfköpfigen Redaktionskollektiv ehrenamtlich erstellt. Gunar Klapp, der seit der zweiten Ausgabe zur Stammbesatzung gehört, findet »das toll. Dadurch bekommen wir viele Informationen unter die Leute«.

Neben den stets öffentlichen Sitzungen der Seniorenvertretung an jedem ersten Donnerstag im Monat im Lichtenberger Rathaus gibt es auch monatliche Beratungstermine in drei der insgesamt sieben kommunalen Begegnungsstätten. Vorrangig geht es dabei um Fragen zur Gesundheit und Pflege. »Wir haben immerhin drei Pflegestützpunkte im Bezirk. Die können sehr detailliert beraten. Aber viele wissen das nicht«, schildert Gunar Klapp.

»Recht intensiv ist auch die Ausschussarbeit«, erzählt der Vorsitzende. Denn die Seniorenvertretung ist in vielen Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gut integriert. Das sie dort auch etwas bewegen zeigt das Beispiel, dass jetzt WLAN in allen Senioreneinrichtungen installiert werden soll. Auch beim Kulturentwicklungsplan brachte sich das Gremium ein. »Und einmal jährlich geben wir vor der BVV einen Bericht ab. Das ist auch nicht überall so«, lässt Gunar Klapp abschließend wissen.

Liebe Leserinnen und Leser, wir sind sehr an euren Meinungen, Hinweisen und Kritiken interessiert. Eure Bemerkungen zu veröffentlichten Beiträgen nehmen wir nicht nur zur Kenntnis, sondern würden diese auch gern veröffentlichen. Schreibt uns eure Ansichten sowie auch Anregungen für weitere Themen.

→ diequerkoeppe@gmx.de

Corona-Warn-App

Nicht mit mir

Kommentar von Herbert Schadewald

© Gabriele Schadewald

Für das Robert-Koch-Institut (RKI) entwickelten die Deutsche Telekom AG und die SAP Deutschland SE & Co. KG gemeinsam mit 25 weiteren Unternehmen eine Corona-Warn-App – für rund 21 Millionen Euro. In den nächsten Jahren werden weitere 43 Millionen Euro für die Systemunterhaltung fließen müssen. Laut dem RKI soll diese Investition den zuständigen Behörden helfen, Infektionsketten nachzuverfolgen und zu unterbrechen, um die Covid-19-Pandemie einzudämmen. Am 16. Juni wurde das System freigeschaltet und kann seither auf neuartige Smartphones geladen werden.

Nun gut. Doch ich bin außenvor – aus mehreren Gründen: Mein Mobiltelefon ist absolut nicht internettauglich, mir konnte bisher keiner wirklich einleuchtend erklären, was diese neuartige App mir tatsächlich bringt und ich frage mich (auch deshalb): Was soll das?

Einerseits wird behauptet, dass die erhobenen App-Daten anonymisiert und nicht rückverfolgbar seien. Andererseits wird aber betont, dass nur dadurch die zuständigen Behörden – welche das auch immer sind – Infektionsketten nachverfolgen könnten. Irgendwie passt das aus meiner Sicht nicht ganz zusammen. Denn wenn der App-Nutzer plötzlich irgendwann gewarnt wird, dass er einer virusverseuchten Person zu nahekam, was nutzt ihm das dann?

Außerdem setzt dies voraus, dass diese lebende Virenschleuder sich in ihrer App auch als solche geoutet hat. Macht ein Infizierter das? Kann ich als nachweislich Coronabetroffener überhaupt noch locker am gesellschaftlichen (Straßenverkehrs-)Leben teilnehmen oder bin ich da nicht eher ein Fall für die Intensivstation? Stehe ich nicht ohnehin als positiv Getesteter dann unter (häuslicher) Quarantäne?

Ende Juli soll diese App hierzulande etwa 16 Millionen Mal heruntergeladen worden sein. Einen Monat zuvor ergab eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage des Kölner YouGov-Instituts, dass 27 Prozent nicht vom App-Nutzen überzeugt waren. 26 Prozent sorgten sich um die Datensicherheit und 25 Prozent fühlten sich dadurch vom Staat überwacht. Sogar das ZDF-Politbarometer kam am 26. Juni zu dem Ergebnis, dass 56 Prozent der Befragten den App-Nutzen bezweifeln.

Der Schweizer Epidemiologe Marcel Salathé von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne gehört mit zu dem 130-köpfigen App-Entwicklerteam. Er ist überzeugt, dass das Coronavirus »so schnell nicht verschwinden« werde. Somit bestehe durch diese Smartphonetechnologie nun die Chance »jeden kleinen Ausbruch zurückzuverfolgen und ein neues Buschfeuer rechtzeitig einzudämmen«. Auch wenn ich mich jetzt wiederhole: Aber müssen nicht positiv Getestete ohnehin in Quarantäne oder Kliniken?

Ebenfalls zum Entwicklerstab gehörte Prof. Dr. Thomas Wiegand, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Nachrichtentechnik. Er versichert: »Wir erstellen keine Bewegungsprofile und wir tracken keine Mobilfunkdaten. Wir messen nur Distanzen.« Deshalb sei auch der App-Nutzer »nicht identifizierbar, weder für die anderen Nutzer, noch für den Betreiber der App«. Und warum dann der ganze (finanzielle) Aufwand? Wie soll dann laut Salathé angeblich jeder kleine Ausbruch zurückverfolgt und ein neues Buschfeuer eingedämmt werden können, wenn all diese schönen Daten nicht verifizierbar seien?

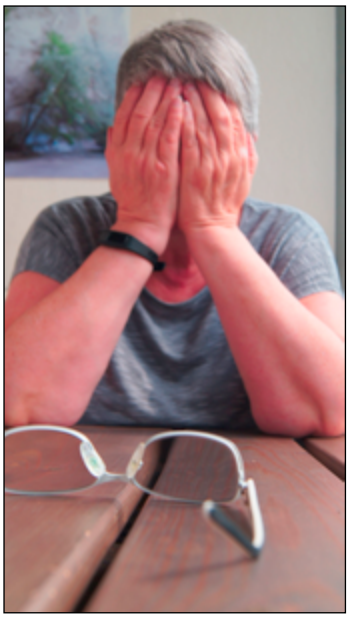
Ich gehöre absolut nicht zu den Technologiemuffeln oder gar Verschwörungstheoretikern. Doch ich denke, dass uns mit dieser App ein virtuelles Impfmittel verabreicht werden soll – zumindest so lange, bis ein wahrer Impfstoff gegen diese moderne Seuchenart tatsächlich verfügbar ist. Fakt ist auf jeden Fall: In meinem Umkreis kenne ich niemand, der bisher wirklich heiß auf diese App war. Dabei besteht mein Bekannten-, Familien- und Freundeskreis durchaus nicht aus internetfeindlichen Mitmenschen. Eher im Gegenteil. Die meisten besitzen modernste Smartphones, die ihnen allerorts eine allumfassende Kommunikationsbasis ermöglicht. Selbst wenn ich über eine derartige Mobilfunkhardware verfügen würde, käme mir diese unendlich viele Fragen offenlassende Corona-Warn-App nicht in die Softwaretüte.

Depressionsstudie

Fehlinterpretierte Symptome

Von Otto Wald

»Bei Senioren wird die Depression noch häufiger als bei jüngeren Menschen übersehen«, konstatiert Prof. Dr. Ulrich Hegerl, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Deutsche Depressionshilfe (DDH). Die Ursachen dafür sieht der


© Herbert Schadewald

Depressionen werden bei älteren Menschen oft nicht als solche erkannt.

Psychiater darin, dass depressive Symptome wie Hoffnungs- und Freudlosigkeit, Schlafstörungen oder Erschöpfungsgefühl »oft nicht als Ausdruck einer eigenständigen schweren Erkrankung gesehen« werden, sondern diese würden vielmehr »als nachvollziehbare Reaktionen auf die Bitternisse des Alters oder als Folge körperlicher Erkrankungen fehlinterpretiert«. Deshalb werden derartige Anzeichen bei Senioren häufig falsch oder gar nicht behandelt. Dies trägt allerdings zu den drastisch erhöhten Suizidraten im Alter bei, analysiert eine aktuelle Studie der DDH-Stiftung.

Danach glauben 83 Prozent, dass Depressionen vorrangig durch Stress im Arbeitsalltag begründet seien. Und nur 45 Prozent der Befragten wissen, dass Depressionen auch eine Erkrankung des Gehirns darstellen. Somit hänge die Depression »viel weniger von den aktuellen Lebensumständen ab, als viele glauben«, verdeutlicht der Professor. »Es ist eine eigenständige Erkrankung, die jeden treffen kann – auch Senioren«, betont er.

Laut der DDH-Studie gehen 86 Prozent davon aus, dass es älteren Menschen schwerer fällt, sich bei Depressionen entsprechende Hilfe zu suchen. Dies gelte insbesondere für die Psychotherapie. So glauben 71 Prozent der Befragten, dass Ältere seltener bereit seien, die Hilfe eines Psychotherapeuten anzunehmen. Denn während 31 Prozent der Studienteilnehmer zwischen 30 und 69 Jahren in psychotherapeutischer Behandlung waren, waren es bei den über 70-Jährigen lediglich 12 Prozent.

Allerdings gaben 64 Prozent dieser Ü70-Altersgruppe an, im Bedarfsfall eine Psychotherapie in Anspruch nehmen zu wollen. »Älteren Menschen wird viel zu selten eine Psychotherapie angeboten. Sie werden im Versorgungssystem eindeutig benachteiligt«, kritisiert Prof. Dr. Ulrich Hegerl. Dem Psychiater ist auch bewusst, dass derartige Behandlungen kostspielig sind. Aber jeder sollte wissen, so der DDH-Vorstandsvorsitzende, dass eine Depressionsbehandlung bei älteren Patienten ebenso wichtig sei, wie bei jüngeren. Dabei hätten sich sowohl Psychotherapie als auch medikamentöse Behandlungen als wirksam erwiesen.

Die Studie zeigt auch, dass ältere Betroffene weniger Vorurteile gegenüber Antidepressiva haben. So würden 81 Prozent der über 70-Jährigen solche Medikamente nehmen. Bei den 18- bis 29-Jährigen sind 67 Prozent für derartige Pillen aufgeschlossen.

Zwei Drittel der Studienteilnehmer gaben an, dass sie sich über Erkrankungen im Alter nicht gut informiert fühlen. Deshalb sei eine Aufklärung über Depressionen und Suizidprävention für ältere Menschen besonders wichtig. Die betroffenen Senioren können auf dem Weg zu einer professionellen Behandlung nur unterstützt werden, wenn das persönliche Umfeld die Depression als eigenständige, behandelbare Erkrankung wertet. »Das ist entscheidend, da die Betroffenen oft zu erschöpft und hoffnungslos sind, um sich selbst Hilfe zu organisieren«, erläutert Prof. Hegerl. Hilfe bietet die DHH-Stiftung unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-3344533 an.

→ Selbsthilfegruppen Angehörige

8. Altersbericht der Bundesregierung

Internet verringert Einsamkeit

Von Herbert Schadewald

Unabhängige Sachverständigenkommissionen erarbeiten im Auftrag der Bundesregierung seit Anfang der 90er Jahre unregelmäßig Berichte zur Lebenssituation älterer Menschen – jeweils zu einem speziellen Thema. Am 12. August wurde nun der 8. Report dieser Art vorgelegt, der sich mit »Älteren Menschen und Digitalisierung« befasst.

Gerade während der Coronapandemie dokumentierte sich, wie aktuell diese Thematik ist. Denn in dieser Phase der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen erkannten viele Betroffene, welche Möglichkeiten digitale Kommunikations- und Informationstechnologien bieten. Allerdings wurde auch gleichzeitig deutlich, dass »die Voraussetzungen für die digitale Teilhabe älterer Menschen noch nicht überall gegeben ist«, schätz Dr. Franziska Giffey (SPD), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ein. Dabei könnte nach ihrer Meinung, dieser Personenkreis »von den Chancen der Digitalisierung besonders profitieren«.

Allerdings gilt auch: »Wer keine Möglichkeit zur Nutzung digitaler Medien hat, für den kann sich die soziale Isolation verstärken«, betont Cilia Ebert-Libeskind, Leiterin des Referats Strategie Planung im Giffey-Ministerium. Denn mittlerweile sind viele Informationen und Dienstleistungen nur über eine Internetverbindung zugänglich. Zwar stellt der vorliegende Bericht fest, dass sich viele ältere Menschen gerne mit dem Internet und digitalen Technologien beschäftigen sowie neue Geräte und Anwendungen ausprobieren. Doch das ist eben nur eine Gruppe. Andere dagegen verweigern sich (bewusst) der neuen Medienwelt. Und dann gibt es noch eine dritte Gruppe, die nicht das Geld für derartige Kommunikationsgeräte hat. Manch andere Älteren würden gern diese digitalen Chancen nutzen, wohnen aber in Regionen, die immer noch keine oder nur leistungsschwache Internetmöglichkeiten bieten.

Darüber hinaus verwies die Sachverständigenkommission in ihrem Bericht darauf, »dass es bislang viel zu wenig einschlägige wissenschaftliche Studien gibt, um auf solider empirischer Grundlage die Wirkungen digitaler Technologien auf die Lebenssituation älterer Menschen einschätzen zu können«. Auch wenn inzwischen viele Studien nachweisen, dass in den letzten Jahren immer mehr ältere Menschen das Internet nutzen, so sei jedoch gleichzeitig die digitale Kluft zwischen Jungen und Älteren immer noch recht groß, konstatiert die Kommission.

Laut dem Bericht nutzen Ältere mit niedrigem und mittlerem Bildungsstand die digitale Technik seltener. Sogar zwischen den Geschlechtern gibt es deutliche Umgangsunterschiede. Obwohl Frauen über 80 Jahren etwa zwei Drittel der älteren Bevölkerung ausmachen, lag ihr Internetanteil 2018 nur bei knapp 40 Prozent. Doch gerade die verbreitete Digitalisierung ermöglicht, sich aus einer sozialen Isolation zu befreien und Kontakte zu pflegen sowie aufzunehmen. »Wenn ältere Menschen digitale Kommunikationsmedien und das Internet nutzen, sind sie sozial besser integriert und haben weniger Einsamkeitsgefühle als vorher«, heißt es in dem Bericht. Und Giffey verweist kritisch darauf, dass »längst nicht alle stationären Pflegeeinrichtungen WLAN« bieten.

→ Der Bericht zum Herunterladen

Zum aktiven politischen Handeln 12 Empfehlungen der Sachverständigenkommissionen:

- Älteren Menschen in der Umsetzungsstrategie »Digitalisierung gestalten« der Bundesregierung einen deutlich höheren Stellenwert einräumen
- Zugang und Nutzung von digitalen Technologien für alle ermöglichen
- Die Möglichkeiten der Digitalisierung für einen Austausch zwischen den Generationen fördern
- Digitale Souveränität stärken
- Digitale Technologien als Chance für ältere Menschen mit pflegerelevanten Bedarfen sowie für begleitende Pflegepersonen begreifen
- Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene digital gewährleisten und strukturell weiterentwickeln
- Digitale Kompetenzen in für ältere Menschen relevanten Berufsgruppen fördern
- Auseinandersetzung mit ethischen Fragen der Digitalisierung ermöglichen
- Kompetenzen, Bedarfe und Befugnisse älterer Menschen bei der Erforschung und Entwicklung von digitalen Technologien ausdrücklich berücksichtigen
- Ausreichende Finanzierung für Innovation und Innovationstransfer sicherstellen
- Den Verbraucherschutz stärken
- Ein Monitoring »Digitalisierung und ältere Menschen« einführen

Liebes ver.di-Mitglied,

unabhängig davon, ob Du unfreiwillig oder auf eigenen Wunsch nicht mehr erwerbstätig bist:

Im Ruhestand muss ein Leben in Würde und ohne materielle Not immer wieder neu gesichert werden. Ruhestand schützt nicht vor unsozialer Politik!

Ruhestand schützt nicht vor unsozialer Politik!

Jedes Mitglied – in jedem Alter – wird gebraucht, um Angriffen auf soziale Errungenschaften nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Seniorinnen und Senioren brauchen einen starken Verbund. Auch im dritten Lebensabschnitt ist ver.di der richtige Partner!

Für
einen stabilen Generationenvertrag!
eine solide Alterssicherung!
ein bezahlbares Gesundheitswesen!

ver.di ist so stark wie seine Mitglieder. Deshalb sollten auch Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr erwerbstätig sind, ihrer Gewerkschaft die Treue halten. Bleib nachhaltig aktiv und mobil für soziale Gerechtigkeit! Willkommen 55Plus-Mitglied!

→ ver.di-Projekt für SeniorInnen